funktionen zu verhindern und Parteifunktionäre durch Verleumdungen und Gerüchte unmöglich zu machen.

Organisierte Agenturen des Ostbüros der SPD gab es auch in den Parteiorganisationen des Kreises Dessau. Obwohl es viele Signale gab, konnten diese Banditen lange Zeit ihre feindliche und zersetzende Tätigkeit ausüben, weil die harmlose Kreisleitung für alles Entschuldigungen fand und kein harter Kampf zur Entlarvung der Feinde geführt wurde. Es wäre natürlich falsch anzunehmen, daß vom Ostbüro der SPD nur im Bezirk Halle Sabotage und Zersetzungsarbeit versucht wird. Das gibt es auch an anderen Stellen.

Es kommt darauf an, Wachsamkeit immer mit dem prinzipiellen Kampf gegen jede feindliche Erscheinung zu verbinden. Das Auftreten der parteifeindlichen Fraktion Herrnstadt/Zaisser hat alle feindlichen Agenturen, insbesondere das Ostbüro und den Sozialdemokratismus, aktiviert.

Auch die parteifeindliche Fraktion Herrnstadt/Zaisser entwickelte eine im wesentlichen sozialdemokratische, antimarxistische Plattform. Ihr Ziel war ebenfalls die Liquidierung der revolutionären Kampfpartei. In ihrer Plattform, der Anklageschrift gegen die Partei, heißt es:

„Die Partei muß zur Partei des Volkes werden, sie muß die berechtigten Interessen auch der anderen Klassen und Klassenteile vertreten, dann wird sie die volle Unterstützung sowohl der Arbeiterklasse wie der anderen Klassen und Schichten finden."

Zur Durchführung und Verwirklichung ihres innerparteilichen Putsches forderten sie die Erneuerung der Partei, der Parteispitze, des zentralen Parteiapparates, sowie Änderungen in den Bezirks- und Kreisleitungen.

Die Zentrale Parteikontrollkommission hat die Ergebnisse der Untersuchungen dem 17. Plenum des Zentralkomitees berichtet. In dem Bericht an den Parteitag möchte ich mich auf die wesentlichen Grundfragen und ihre Zusammenhänge beschränken.

Wie bekannt, hat das 15. Plenum des Zentralkomitees Hermstadt und Zaisser aus dem Zentralkomitee und damit auch aus dem Politbüro ausgeschlossen. Die Genossen Ackermann, Jendretzky und Elli Schmidt wurden nicht wieder als Kandidaten des Politbüros gewählt. Damit hatte das Zentralkomitee die ersten notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der Parteiführung getroffen. Das waren und sind natür-